

Sparpolitik zu Lasten der Kinder und Eltern

Zum Artikel „Dieses Jahr Vier-Tage-Woche“ vom 6. November:

Eine dramatische Situation an der Bodelschwingh-Schule Göppingen. Wöchentlich muss ein ganzer Schultag ausfallen, und das zumindest mal bis zu den Weihnachtsferien. Danach hofft man auf Besserung und darauf, dass „eine Vielzahl von Maßnahmen zur Abfederung des Lehrkräftemangels“ greifen würden: Da werden Ruheständler reaktiviert, Zeitverträge für arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer und Quereinsteiger angeboten, freiwillige Deputatserhöhung der Teilzeitkräfte gewünscht, Mehrarbeit des Personals angeordnet, der Klassenteiler nicht mehr als fixe Grenze festgelegt, sondern nur noch als Kann-Bestimmung.

Alles Maßnahmen, die seit Jahren praktiziert werden, da und dort etwas „abfedern“, aber keine grundlegende Verbesserung bringen, weil auch auf diesem Weg zu wenig Personal gefunden wird. Denn das ist das Grundproblem: der Personalmangel.

Schon seit mehr als 15 Jahren haben die Sonderschulen eine strukturelle Unterversorgung von zirka 10 Prozent, an den Grund-

schulen ist der Lehrermangel ebenfalls seit Jahren evident, die anderen Schularten können oft nur noch gerade so den Pflichtbereich abdecken, der Ergänzungsbereich mit Stütz- und Fördermaßnahmen oder Arbeitsgemeinschaften fällt eh schon weg. Die sogenannte „Krankheitsreserve“



FOTO: GIACINTO CARLUCCI

Der Personalmangel an den Schulen ist ein Dauerproblem.

ist dabei schon seit dem Schuljahresbeginn fest eingeplant und wenn dann noch jemand wegen Krankheit, Schwangerschaft oder Elternzeit ausfällt, gibt es auf dem Markt spätestens ab den Herbstferien keine Menschen mehr, die einspringen könnten. Nur: Diese Situation wiederholt sich nun schon seit Jahren, fast schon Jahr-

zehnten. Schon 1998 hat die damalige Landesregierung in ihrer Not das Vorgriffsstundenmodell eingeführt (Lehrkräfte arbeiteten für 5 Jahre 1 Stunde pro Woche mehr, Rückgabe dieser Mehrarbeitsstunde dann ab 2008). Mit der grün-roten Landesregierung kamen zwar Schulreformen, aber keine Entlastungen. Im Gegenteil: Die Sparpolitik ging weiter. Noch vor zehn Jahren wollte Ministerpräsident Kretschmann über 11 000 Lehrerstellen streichen (es blieb bei zirka 3000), obwohl schon damals die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) berechnet hat, dass für den Unterrichtsbedarf und die Reformvorhaben zusätzliche 5000 Stellen benötigt werden.

Dass in den Verhandlungen zum Etat 2022 jetzt die von der Kultusministerin beantragten zirka 380 neuen Stellen abgelehnt wurden, passt in dieses Bild, ist aber ein äußerst miserables Signal angesichts der Unterrichtsausfälle und Unterversorgung an den Schulen. Die Auswirkungen dieser Sparpolitik gehen zu Lasten der Kinder und ihrer Eltern.

*Holger Kießling,
Heiningen,*

GEW-Kreisvorsitzender